

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

06.03.2017

Protokoll

**der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen
am Montag, 6. März 2017, im Senatssaal des Rathauses**

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:28 Uhr

Anwesenheit:

Herr André Bleckmann
Frau Bettina Bruns
Herr Jan Evers
Frau Yvonne Görs
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr David Wulff in Vertretung von Herrn Markus Kolbe
Herr Alexander Krüger
Herr Thomas Mundt
Herr Jörg Neubert
Herr Walter Noack
Herr Dr. Sascha Ott
Frau Birgit Socher
Herr Dr. Rainer Steffens
Frau Brigitte Witt

Verwaltung:

Herr Dr. Steffan Fassbinder
Herr Winfried Kremer
Herr Gero Maas
Frau Sandra Schlegel
Frau Sabine Kaeß
Frau Katrin Teetz
Frau Franziska Willert
Herr Steffen Winckler

Gäste:

Frau Petra Hase Ostseezeitung
Herr Thomas Deiters Städte- und Gemeindetag M-V
Herr Dr. Udo Knapp UTB Projektmanagement GmbH
Herr Thomas Bestgen UTB Projektmanagement GmbH
Frau Sarah Lüttges UTB Projektmanagement GmbH

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 02.02.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Die Reform des Finanzausgleichsgesetzes - Bericht über Bedeutung und Stand der Verhandlungen zwischen Land und Kommunen
6. Beschlusskontrolle
7. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 7.1. Leitlinien guter Unternehmensführung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 7.2. Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald (WVG)
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 7.3. Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Schwimmbad- und Anlagen Greifswald GmbH
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 7.4. 2. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gebühren und Entgelte für Leistungen der öffentlichen Feuerwehr (Feuerwehrgebühren- und -entgeltsatzung)
Dez. II, Amt 32
- 7.5. Härtefallregelung / Ausgabe von Bewohnerparkausweisen an pflegende Familienmitglieder
CDU-Fraktion
8. Information der Verwaltung
9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Sitzungsende

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 13 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Evers möchte einen neuen Tagesordnungspunkt mit dem Thema „Frage des Umgangs miteinander“ einberufen. Anlass dazu sieht er in den Geschehnissen, die sich am Wochenende auf einer Kundgebung einer Demo zu Ernst Moritz Arndt auf dem Marktplatz ereigneten.

Über den Antrag wird abgestimmt und unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 eingeordnet.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen

Herr Bleckmann tritt der Sitzung bei.

Herr Mundt informiert über die Tischvorlage „Prüfauftrag: Videoüberwachung in Greifswald“ der CDU-Fraktion, die unter dem TOP 7.6 eingeordnet wird.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 02.02.2017

Es gibt keine Änderungswünsche.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Keine

TOP 5. Die Reform des Finanzausgleichsgesetzes - Bericht über Bedeutung und Stand der Verhandlungen zwischen Land und Kommunen

Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass das Finanzausgleichsgesetz die Grundlage des größten und wichtigsten Einnahmepostens des Haushaltes darstellt.

Um über die Ausgestaltung und die neue Reform, die zum 01.01.2018 greifen soll, zu informieren, wurde Herr Deiters, stellv. Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg–Vorpommern eingeladen.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation (liegt dem Protokoll bei) erläutert Herr Deiters das seit dem 2. März 2017 vorliegende Gutachten. Hierbei werden die Fragen, wie viel Geld gibt das Land in den kommunalen Finanzausgleich hinein und wie wird es verteilt, näher betrachtet.

Auf Nachfrage von Herrn Evers in der anschließenden Diskussion, ob der Umgang der übertragenen Aufgaben des Wirkungskreises im Gutachten Berücksichtigung fand, erklärt Herr Deiters, dass diese Fragen vom Gutachter ausgeblendet wurden. Allerdings wurden diese Aufgaben vom Innenministerium für 2015 abgefragt, die Untersuchungsergebnisse jedoch noch nicht herausgegeben.

Herr Dr. Kerath erinnert an die Problematik der Altschuldfehlbeträge der Landkreise. Es wurde damals versprochen, dass die Landkreise sich um die Tilgung der Altschulden kümmern müssen und es keine kreisliche Aufgabe sei.

Herr Dr. Fassbinder dankt Herrn Deiters für die Ausführungen. Die Ergebnisse per anno von – 7,7 Mio. EUR sehen danach für Greifswald eher dramatisch aus. Auf eine Senkung der Kreisumlage zu hoffen, birgt Gefahr. Da das neue Finanzausgleichsgesetz vom Landesparlament in Schwerin beschlossen wird, bittet Herr Dr. Fassbinder die Ausschussmitglieder auf die Landtagsabgeordneten der Regierungsfractionen zuzugehen, um das zu verhindern, was mit der Reform des Finanzausgleichsgesetzes angedacht ist.

TOP 5.1 „Frage des Umgangs miteinander“

Herr Evers begründet diesen zusätzlichen Tagesordnungspunkt mit der derzeitigen angeheizten Stimmung in Greifswald zum Thema der Namensgebung der Universität.

Nach Diskussionsbeiträgen von Herrn Krüger, Dr. Kerath, Dr. Steffens; Dr. Ott und weiteren Ausschussmitgliedern regt Frau Socher als Präsidentin der Bürgerschaft an, dass sie zu diesem Thema die Fraktionsvorsitzenden zum Erweiterten Präsidium, auch wegen den Ereignissen der letzten Bürgerschaftssitzung, einladen wird. Es besteht Einigkeit darin, die Anregung der Präsidentin aufzunehmen.

TOP 6. Beschlusskontrolle

keine

TOP 7. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 7.1. Leitlinien guter Unternehmensführung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/947

Frau Teetz und Frau Willert verschaffen anhand einer Präsentation den Ausschussmitgliedern einen Überblick über die Beteiligungen der UHGW und erklären, wozu eine Beteiligungsrichtlinie benötigt wird, was sie regelt und wie die Umsetzung erfolgen soll.

Herr Dr. Steffens sind die Leitlinien zu unternehmensbezogen; ihm fehlt der Bezug zum Kunden. Frau Teetz erläutert, dass dies der jeweilige Gesellschaftsvertrag regelt.

Die Nachfrage von Frau Socher, ob für diese Aufgaben im Amt die personelle Besetzung ausreicht, wird verneint; es ist aber eine dreiviertel Stelle beantragt worden, so Frau Teetz.

Zielsetzungsbestrebungen für einen nicht monetären Kennzahlenvergleich befinden sich im Aufbau.

Herr Dr. Kerath kritisiert im Teil 1 der Leitlinien guter Unternehmensführung auf Seite 8 Pkt. 2.2.1 den letzten Halbsatz „..., die einen Interessenkonflikt begründet“. Zur Bürgerschaftssitzung wird die Fraktion dazu einen Änderungsantrag stellen, um diesen Satz herauszunehmen.

Herr Evers regt an, die im Leitfaden des Innenministeriums problematisierte Kommunikation zwischen Aufsichtsratsmitgliedern, Fraktionen und Gebietskörperschaft auch in die Leitlinien der UHGW zu spiegeln. Dadurch wird der Informationsfluss für Gremien klar geregelt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltung

TOP 7.2. Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald (WVG)

06/948

Für Herrn Noack stellt sich der letzte Absatz der Sachdarstellung nicht schlüssig dar. Herr Noack befürchtet, dass, wenn man den Aufsichtsrat nicht personell verstärkt, aber der WVG immer mehr bestimmte Aufgaben überträgt, der Wirtschaftsausschuss irgendwann überfordert sein wird. Sinn hätte die Bildung eines weiteren Ausschusses.

Frau Teetz erklärt, dass die Besetzung des Aufsichtsrates der Bürgerschaft obliegt, die jetzige Besetzungsstärke ist eine Empfehlung des Aufsichtsrates. Die Bildung von Fachausschüssen ist letztlich eine Entscheidung des Aufsichtsrates.

Herr Evers rät an, den § 15 Abs. 5 dahingehend zu erweitern, dass auf die

Beteiligungsrichtlinie und die Richtlinie des Landes Bezug genommen wird. Frau Teetz sagt eine Prüfung bis zur Bürgerschaftssitzung zu.

Des Weiteren informiert Frau Teetz über zwei formelle Änderungen im Vertrag § 13 und § 21, die bis zur Bürgerschaftssitzung eingearbeitet werden.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltung
(Frau Görs ist nicht im Raum.)

TOP 7.3. Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Schwimmbad- und Anlagen Greifswald GmbH

06/949 Es gibt keine Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung
(Frau Görs ist nicht im Raum.)

TOP 7.4. 2. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gebühren und Entgelte für Leistungen der öffentlichen Feuerwehr (Feuerwehrgebühren- und -entgeltsatzung)

06/951.1 Frau Bruns möchte Erklärungen zu den Stundensätzen für den gehobenen und höheren Dienst (in der 1. Änderung waren sie noch vorhanden, jetzt nicht mehr). Herr Winkler sagt eine Prüfung zu.

Bezüglich einer Frage zum Mindestlohn von Evers erklärt Frau Schlegel, dass man sich hier an das Mindestlohngesetz angelehnt hat. Herr Winkler ergänzt: die Aufgabe wird zu einer kommunalen Aufgabe, deren Ausführung ein kommunaler Mitarbeiter übernimmt (in der Funktion als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr). Es wird kein Dritter außerhalb der Stadtverwaltung beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen
(Frau Socher ist nicht im Raum.)

TOP 7.5. Härtefallregelung /Ausgabe von Bewohnerparkausweisen an pflegende Familienmitglieder

06/967 Herr Dr. Steffens bringt die Vorlage ein. Die CDU-Fraktion plädiert in Härtefällen für die Ausgabe von Bewohnerparkausweisen.

Herr Krüger findet das Ansinnen gut, aber die Umsetzung der Vorlage nicht praktikabel. Es sollte auf die Pflege von Angehörigen abgezielt werden. Eine Änderung zur

Beschlussvorlage wird zur Bürgerschaftssitzung vorbereitet.

Frau Schlegel erklärt den Unterschied zwischen Bewohnerparken und Ausnahmegenehmigung. Herr Dr. Fassbinder hält eine strikte Härtefallregelung für schwer praktikabel.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
6 Stimmenthaltungen

Prüfauftrag: Videoüberwachung in Greifswald

Die CDU bittet um Prüfung, ob eine Videoüberwachung in Greifswald machbar ist.

Herr Wulff erinnert an den Vorstoß einer Videoüberwachung am Wiecker Poller, die aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht durchgeführt werden durfte.

Herr Winckler erläutert, dass eine Videoüberwachung weder grundsätzlich verboten noch erlaubt ist, Voraussetzung wäre eine wesentlich erhöhte Dichte an Straftaten.

Nach Diskussion wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
10 Gegenstimmen

TOP 8. Information der Verwaltung

Frau Teetz informiert über den Stand der Umsetzungsphase des 2015 eingeleiteten Strategieprozesses in der Stadtwerke Greifswald GmbH: Die Veränderung der bisherigen Unternehmensstruktur erfolgt rückwirkend zum 01.01.2017. Die „vollintegrierten Stadtwerke“ entstehen durch Abspaltung und Verschmelzung der leitungsgelassenen Gesellschaften (Stromversorgung, Gasversorgung, Wasserwerke sowie das operative Geschäft der Fernwärme), der Energieerzeugungsgesellschaft und der Grimmener Stadtwerke auf die Stadtwerke Greifswald GmbH. Stattdessen erfolgt eine Einteilung in Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netz und Energiehandel. Dies wurde bereits mit dem Wirtschaftsplan für 2017 ff. umgesetzt. Bestehen bleiben die Fernwärme Greifswald GmbH als Beteiligung an den Windparks, die Verkehrsbetriebe Greifswald GmbH, die Schwimmbad- und Anlagen Greifswald GmbH und die BiG Bildungszentrum in Greifswald gGmbH.

Weitere Zeitschiene für die Umsetzung siehe Anlage.

TOP 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Evers fragt nach dem Stand der Jahresabschlüsse.

Herr Maas erklärt hierzu, dass derzeitig die Endzusammenstellung des Haushaltplanes erfolgt, sodass der Versand nach Schwerin erfolgen kann. Erste Haushaltsgespräche in Schwerin erfolgen am 22.03.2017.

Parallel dazu wird der Jahresabschluss 2013 begonnen.

Für die Prüfung der Jahresabschlüsse zeichnen sich Probleme durch krankheitsbedingten Ausfall im Rechnungsprüfungsamt ab.

TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 11. Sitzungsende

Die Sitzung wird um 20:28 Uhr beendet

gez.
Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez.
Birgit Rosolski
für das Protokoll

Anlagen:

- Anlage 1: zu TOP 5 Präsentation FAG-Reform
- Anlage 2: zu TOP 7.1 Präsentation Beteiligungsrichtlinie
- Anlage 3: zu TOP 8 Zeitschiene Verschmelzung SW